

Taiwan Jiangs jüngste Äußerung als ein Anzeichen zur Versöhnung - zumal gegenüber Li persönlich, dem die Presse des chinesischen Festlands massiv und scharf vorwarf, Taiwan zur Unabhängigkeit von China führen zu wollen.

Bislang war ein Gipfeltreffen zwischen Jiang und Li nicht zu realisieren gewesen, weil beide unterschiedliche Vorbedingungen daran knüpfen. Während Li, von Gesprächen zwischen zwei gleichberechtigten chinesischen politischen Gebilden ausgehend, mit Jiang nur im Ausland oder bei einer internationalen Gegebenheit zusammentreffen möchte, besteht Jiang darauf, die Begegnung nur auf dem Festland oder in Taiwan stattfinden zu lassen, damit die Taiwanfrage nicht "internationalisiert" werde. Für Beijing ist Taiwan nur eine Provinz der VR China.

In Jiangs Rede ist - vom Tonfall abgesehen - keine grundsätzliche Veränderung seines Standpunktes gegenüber Taiwan zu hören. Darüber hinaus bekräftigte er nochmals, seine Regierung scheue sich nicht vor einer Gewaltanwendung hinsichtlich der Vereinigung, falls sich Taiwan mit Unterstützung internationaler Kräfte oder unter Führung einer einheimischen separatistischen Bewegung von China trennen würde. Besonders bemerkenswert ist, daß die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua bei der Meldung über das Interview Jiangs, im Zusammenhang mit der Einladung zum gegenseitigen Besuch, den Namen von Li Denghui gestrichen hat, statt dessen ist nur von der "führenden Person der taiwanesischen Behörde" die Rede.

Im Widerspruch zum Friedensangebot Jiangs unternahm Chinas Luft- und Seestreitkräfte Mitte Oktober wieder umfangreiche Kriegsmanöver, denen Jiang auch persönlich beiwohnte. Allerdings fand die Militärübung diesmal nicht vor der Tür Taiwans, sondern weit weg im Gelben Meer statt. (DGB, 20.10.95; LHB, 19., 20.10.95)

Ursprünglich wollte auch Taiwan am 5. Oktober Militärmanöver großen Umfangs abhalten. An deren Stelle fand letztendlich aber nur eine Parade in Kaohsiung (Gaoxiong) statt, um die Spannung in der Taiwan-Straße dadurch nicht weiter zu verschärfen.

Zwar hält Taipei Jiangs neues Friedensangebot für wohlwollend, doch gibt es bislang noch keine konkrete Antwort darauf.

Im Dezember d.J. und im März 1996 findet die Parlaments- bzw. die Präsidentschaftswahl in Taiwan statt. Die chinesische Wiedervereinigung oder die Unabhängigkeit Taiwans ist ein Hauptthema bei den Parteien im Wahlkampf. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß das politische "Aprilwetter" zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße noch einige Monate andauern wird. -ni-

*(35)

Geburtenüberschuß 1994 zum ersten Mal unter ein Prozent

Im letzten Jahr (1994) ist der Geburtenüberschuß in Taiwan nach statistischen Angaben des Taipeier Innenministeriums zum ersten Mal unter 1% gesunken, und zwar auf 0,99%; 1993 hatte er noch bei 1,03% gelegen. Rein rechnerisch bringt ein Ehepaar im Durchschnitt 1,7 Kinder zur Welt. Die Bruttogeburtenrate betrug 1994 1,53% (1,56% im Vorjahr) und die Bruttosterberate 0,54% (0,53%). Ende 1994 zählte Taiwan einschließlich der vor Festlandchina liegenden Inseln Kinmen (Jinmen) und Matsu (Mazu) insgesamt über 21,17 Mio. Einwohner, 182.458 mehr als vor einem Jahr. In einigen Kreisen, wie Penghu, Lianjiang (Matsu), Taitung (Taidong) und Yunlin, sank 1994 die Zahl der Bevölkerung, während sie in der Hauptstadt Taipei geringfügig um 0,01% zunahm. (LHB, 9.10.95; vgl. *Taiwan Statistical Data Book 1995*, Council for Economic Planning and Development, Taipei 1995, S. 8 f.)

Der ständige Rückgang der Geburtenrate ist auf die Zunahme von Scheidungen, später Heirat und kinderlosen Ehepaaren (DINK = double income, no kids) zurückzuführen. 1994 wurden nach den jüngsten Statistiken des Innenministeriums 31.900 Paare geschieden und 170.900 Ehen geschlossen. Von den 320.000 Neugeborenen sind 7.300 oder 2,3% nichtehelich. 191.000 Männer und Frauen zogen als alleinerziehende Eltern rd. 350.000 Kinder bis zu 18 Jahren auf. Die Scheidungsquote lag 1994 bei 0,15% - eine Rekordhöhe überhaupt. (*Taiwan Aktuell*, München, 18.10.95; vgl. auch C.a., 1995/2, Ü 33) -ni-

Hongkong und Macau

*(36)

Vertrauensbarometer von Politik und Wirtschaft in Hongkong

Angesichts der kurz bevorstehenden Rückgabe Hongkongs an die VR China 1997 macht sich die Bevölkerung der "Noch"-Kolonie Großbritanniens z.Z. weniger Sorgen um die politische als die Wirtschaftslage. Einer Meinungsumfrage der *South China Morning Post* vom 2. bis 6. Oktober zufolge liegt der politische Vertrauensindex bei 87 Punkten wie vor drei Monaten, während der wirtschaftliche bei demselben Vergleich von 76 weiter auf einen bisherigen Tiefststand von 73 Punkten fiel - beide Indikatoren haben den Basispunkt von 100 Anfang 1985, unmittelbar nach der Unterzeichnung der sino-britischen Gemeinsamen Erklärung über die Rückgabe von Hongkong. (SCMP, 23.10.95)

Am 3. Oktober haben die Außenminister der VR China und von Großbritannien, Qian Qichen und Malcolm Rifkind, in London einen neuen Konsens über die Hongkongfrage erzielt: Zur Zusammenarbeit mit dem geplanten chinesischen Vorbereitungskomitee für die Übernahme Hongkongs wird auf der Seite der britischen Kolonialregierung ein Liaisonbüro eröffnet; zunächst sollen Kontakte zwischen führenden Beamten Chinas und Hongkongs ermöglicht werden; eine Expertengruppe für die Vorbereitung einer "feierlichen, gebührenden und würdevollen" Übergabereimonie wird gegründet; beide Seiten sollen sich gemeinsam darum bemühen, eine Lösung der Frage über das Bauvorhaben des 9. Containerterminals zu finden. (SCMP, 4.10.95; DGB, 5.10.95) Hongkongs Bevölkerung, die durch die langwierigen sino-britischen Streitigkeiten wegen der politischen Reformen und Wirtschaftsplanung in der "Noch"-Kolonie in den letzten drei Jahren verunsichert war, kann nun nach der neuen Annäherung zwischen Beijing und London sicherlich aufatmen.

Rd. 98% der Bevölkerung Hongkongs sind ethnische Chinesen. Nach einer Meinungsumfrage des amerikanischen Politologen Michael DeGolyer vor ein paar Monaten sind 42% der Bevölke-

zung für eine Rückkehr Hongkongs an China 1997, 24% bevorzugen eine Unabhängigkeit und 20% würden lieber weiter unter britischer Herrschaft bleiben; jeweils 7% haben keine Meinung oder den Wunsch nach Beteiligung am Commonwealth. (AWSJ, 28.10.95)

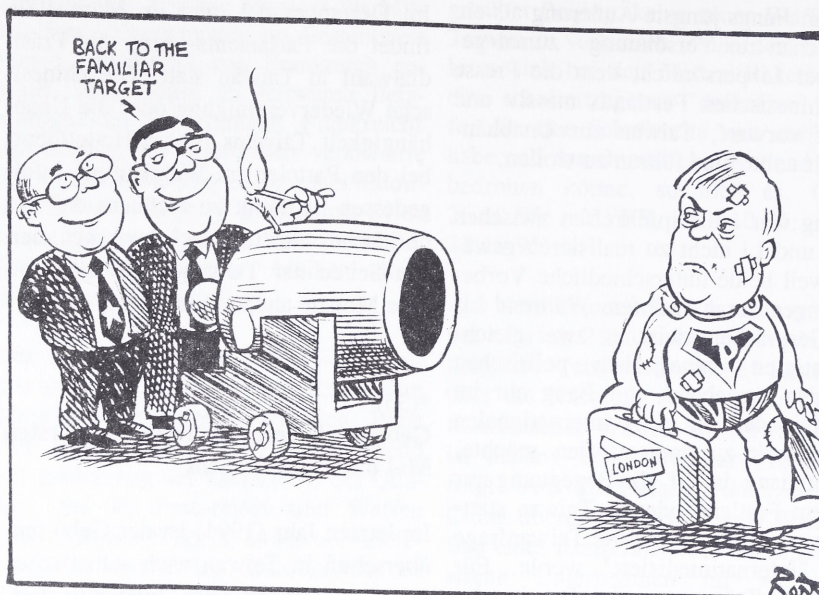
Für Beunruhigung in der Bevölkerung sorgt vor allem die steigende Arbeitslosigkeit in Hongkong, die im 3. Quartal d.J. auf 3,5% stieg, eine Rekordhöhe seit dem 4. Quartal 1984 mit 3,8%; 1994 lag sie noch bei 1,9%. Nach einer jüngsten Meinungsumfrage der Wohnungsbehörde sind 85% der Bevölkerung über das Problem der Arbeitslosigkeit besorgt, im Juli waren es 76%. Die Wohnungsfrage steht erst an zweiter Stelle der Sorgenliste. (AWSJ, 17.10.95) Besorgniserregend für die Wirtschaft Hongkongs bleibt die Inflation, die nach dem für alle Haushalte verwendeten Composite Consumer Index im September um 9,2% höher lag als vor einem Jahr. (XNA, 24.10.95) -ni-

*(37)

Enttäuschung aller Seiten über Pattens Regierungsbericht

Am 11. Oktober hat Gouverneur Chris Patten den 4. Regierungsbericht seit seinem Amtsantritt dem Legislativrat (Parlament) vorgelegt. Es ist auch der vorletzte politische Bericht der britischen Kolonialregierung vor der Übergabe Hongkongs an die VR China am 1. Juli 1997. Er erläuterte, daß, da er im Regierungsbericht 1996 den Schwerpunkt auf die Politik für eine reibungslose Übergabe Hongkongs legen werde, dieser Bericht als der letzte gewöhnliche Arbeitsbericht seiner Regierung diene. Zum großen Teil handelt es sich um einen Rückblick auf den Ablauf seines Fünfjahresplans.

Patten verweist stolz auf den Erfolg der Wirtschaftsentwicklung Hongkongs. Dabei ist aber die Konjunktur in diesem Jahr bereits abgeschwächt, die Wachstumserwartung des Bruttoinlandsprodukts 1995 muß von der Regierung von den ursprünglich geschätzten 5,5% auf 5% nach unten revidiert werden. Vor allem sind viele davon enttäuscht, daß der Gouverneur keine wirksamen Maßnahmen gegen die steigende Arbeitslosigkeit, die im 3. Quartal d.J. den jüngsten Statistiken zufolge mit 3,5% eine Rekordhöhe seit 11 Jahren erreicht hat, vorgelegt hat. Auch bei der Bekämpfung der Inflation, die für 1995 auf 9% geschätzt wird, kann die Regierung bislang keinen Erfolg aufweisen.



(South China Morning Post, 30.10.95)

Was die Politik angeht, hat Patten gegen alle Proteste aus Beijing seinen Demokratisierungsplan durchgeführt. Doch der mit mehr Demokratie vom Volk neu gewählte Legislativrat wirkt nun wie ein Bumerang, denn die Abgeordneten verlangen nun von der Regierung noch mehr Reformen hinsichtlich der Menschenrechte und der Sozialpolitik. Um eine reibungslose Übergabe Hongkongs zu gewährleisten, muß Patten jetzt gegen die Opposition im Parlament kämpfen. Und auf der anderen Seite steht der unversöhnliche Haß Beijings gegen ihn. (DGB, 13.-15.10.95; SCMP, 12.10.95; FEER, 26.10.95; JSND, 1995/11, S.34 ff.)

Das Vertrauen der Bevölkerung in ihn für eine gute Politik in der letzten Periode vor der Wende 1997 ist nach einer jüngsten Meinungsumfrage auf 42% gesunken. (SCMP, 23.10.95) -ni-